

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

2.2.1870 (No. 28)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Februar.

Nr. 28.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen u. Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† Bern, 1. Febr. Die Bundesversammlung wählte Hrn. Ceresole zum Bundesratsmitglied; zum Bundespräsidenten Hrn. Dubs und zum Vizepräsidenten Hrn. Schenk.

† Paris, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers beantwortete Minister Buffet die Interpellation über die Dekrete vom 9. Jan., betr. die temporäre Zulassung fremder Fabrikate. Derselbe wies die Mißbräuche und Betrügereien nach, welchen durch die Dekrete ein Ende gemacht werde, und fügte hinzu, die Regierung werde solche Abschlüsse, welche eine bestimmte Zeit vor dem Erscheinen der Dekrete gemacht seien, gelten lassen. Ein Gesetz über temporäre Zulassung fremder Fabrikate soll in kurzem vorgelegt werden. Die Rede des Ministers fand gute Aufnahme und wurde die einfache Tagesordnung mit 181 gegen 6 Stimmen angenommen.

† Washington, 31. Jan. Das Repräsentantenhaus ist heute über den Antrag, betreffend Staatsschulden-Zahlung in Papiergeld, mit 120 gegen 41 St. zur Tagesordnung übergegangen.

* Neu-York, 30. Jan. Man meldet von Cuba, daß der spanische General Puello mit einem Verlust von 450 Mann bei Guaimaro vom General Jordan geschlagen worden ist. General Jordan hat an der Stelle Duesada's den Oberbefehl über alle Truppen der Insurgenten übernommen.

Deutschland.

* München, 30. Jan. Ueber die zweite Hälfte der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer (1. Tag der Adreßdebatte) konnten wir im gestrigen Blatt nur einige kurze Notizen mittheilen. Wir ergänzen dieselben nach den ausführlicheren Berichten verschiedener Blätter.

Dr. Kurz (Appellationsrath in München) erhebt sich gegen die Vorwürfe des Hörmann'schen Wahlschreibens, die ihm durchaus ungerecht erscheinen. Auch verwahrt sich Redner gegen eine Neufernung des Fürsten Hohenlohe in der ersten Kammer (derselbe erklärt dort nämlich bei der Adreßdebatte: er habe sich gesümt, im Zollparlament mit der süddeutschen Fraktion zu stimmen); die süddeutschen Abgeordneten hätten in Berlin nur ihr Interesse (die bayerischen ihren Malzausschlag) verteidigt und sich dessen nicht zu schämen gebraucht.

v. Hermann (der frühere Minister des Innern) verteidigt sich energisch gegen die über ihn erhobenen Anschuldigungen; er habe nie den Standpunkt einer Partei eingenommen, nur das Wohl des Landes im Auge gehabt, und sei stets nur seiner Ueberzeugung gefolgt. Jeder Minister müsse gewisse Richtpunkte für seine Handlungen haben und dadurch einer oder der anderen Partei mehr zuneigen. Die Situation habe ihm die neue Wahlkreis-Eintheilung zur Pflicht gemacht; die Zahl der patriotischen Abgeordneten wäre nicht im richtigen Verhältnis zu ihren Wählern gestanden. Sein Wahlschreiben sei nicht gegen die ganze patriotische Partei, sondern nur gegen deren Extreme gerichtet gewesen. Es seien damals eine Masse von Verleumdungen gegen die Regierung geflüßelt und das Ansehen des Thrones und der Gerichte untergraben worden; wenn die Herren diese Tendenzen offen gemüßigt hätten, wäre ihnen die Spitze abgebrochen worden. Redner bekämpft sich als entschiedener Anhänger der Pressefreiheit und schließt den ihm von Dr. Kurz gemachten Vorwurf der Lügenhaftigkeit auf jenen selbst zurück. (Bravo!)

Dr. Böck entgegnet den jenseitigen Vorwürfen in trefflicher Rede. Jetzt, in der Krise der Uebergangsperiode, benütze jene Partei das Unbequeme der sozialen Gesetze, um damit zu agitieren; nicht die Gesetze haben das Land beunruhigt, sondern das, was man in sie hineinsetzte. Was das ministerielle Wahlschreiben betrifft, so habe von Hermann mit der Behauptung, die man so stark ansah, vollständig Recht gehabt, und wenn er etwas mehr gesagt hätte, so hätte er auch noch Recht gehabt, denn es sei vollständig richtig, wenn behauptet wird, daß von Angehörigen jener Partei auf Untergrabung des Thrones, Herabwürdigung der Regierung und der Gesetze ausgegangen werde. Redner konstatiert nun die in den letzten Jahren vorgekommenen Verurtheilungen von Klerikalen wegen Majestätsbeleidigung, verlas mehrere Stellen aus dem „Allgäuer Volksblatt“, worin der Fortschrittspartei unter anderem der Vorwurf gemacht wird, daß sie die „Schaffung von Vorbellen“ befürworte habe, und fügte bei: mußte der Redakteur dieses Blattes nicht wissen, daß die Fortschrittspartei gerade sehr entschieden gegen die Einführung der Vorbelle ist? und „Sie (zum Abg. Bucher sich wendend), Sie haben als Eigentümer dieses Blattes diese Verleumdung nicht beanstandet!“ Weiter erwähnte der Redner die Rede, die der Bischof von Regensburg in Schwandorf gehalten hat; wie Dasselbe „Allgäuer Volksblatt“ sich über die Zivilehe ausgelassen hat, obwohl dieses Institut in einem Kreise Bayerns und in Frankreich schon längst zu Recht besteht, und fügte bei: „Wollte Gott, es würden die Herren, welche den Frieden zu predigen haben, von dieser Pflicht mehr Gebrauch machen, es würde besser im Lande.“ Dem Bischof von Passau habe er (Redner) vor Jahren schon gesagt, daß er mit seinem Klerus die liebe Noth bekommen werde. „Nun, meine Herren, ich glaube er hat bereits seine liebe Noth!“ Bezüglich der deutschen Politik bemerkte der Redner nur im allgemeinen: daß Bayern bloß im Verbande mit dem großen Gesamtwaterland existieren könne. Wenn man ein Mißtrauen gegen Fürst Hohenlohe aussprechen wolle, so sollte man auch sagen, warum dies geschieht, und sich nicht mit dem „Gefühle“ begnügen. Wenn man sage: das Mißtrauen liege im Gefühle des Volks, so sage er: das ist nicht wahr; wir haben die Hälfte des Volks für uns, und diese Hälfte fühlt, daß Fürst Hohenlohe ein vortrefflicher

Ministerpräsident und Leiter der äußeren Angelegenheiten ist. Bis jetzt habe man zur Begründung des Mißtrauens lediglich die Verträge angeführt — allein welche Verträge sind das? Die Zollvereins-Verträge etwa? Nun, die hat man jenseits ja auch getilgt, und wenn auch nicht mit Liebe, so doch mit Unliebe! Oder die Allianzverträge? Allein diese habe Fürst Hohenlohe nicht abgeschlossen, sondern vorgefunden, und ein Mitglied der Reichsrathskammer, welches gestern über diese Verträge einen Fluß ausgesprochen, hätte gar keine Ursache gehabt, das zu thun, denn derselbe Reichsrath sei jenes Mal selbst im Rath der Krone gesessen, als diese Verträge geschlossen wurden. Redner ist kein Freund v. d. Pfordtens, aber das glaube er, daß v. d. Pfordten guten Grund hatte, diese Verträge auf Schutz und Trutz zu gründen. Was nütze es, fortwährend die Rache herabzurufen und in seinem eigenen Fleische zu wühlen! Wenn man Preußen den Vorwurf mache, daß es Kurhesen und Hannover annectirt habe, so möge man nur berücksichtigen, daß bei der Zusammensetzung Bayerns ebenfalls die völkerrrechtlichen, staats- und zivilrechtlichen Prinzipien verletzt worden sind. Unter dem Reichsstandpunkt habe Bayern dem Fürsten Jäger-Waldenhausen früher dasselbe gethan, was Preußen dem Kurfürsten von Hessen that, und die Maus fühle, wenn man ihr die Haut abziehe, eber so gut den Schmerz als der Elefant. (Geisterzeit.) Wenn es der patriotischen Partei gelinge, Bayern so zu vergifteln, daß es sich vom Adriatischen Meer bis zur Nordsee erstreckt, dann werde er (Redner) sofort der größte Partikularist, wolle er sich von oben bis unten blau-weiß kleiden, und sogar auf den Namen „Deutschland“ verzichten; Bayern müßte aber dann ein Staat sein, in welchem das Volk sich vollkommen frei entwickeln kann; auf den Namen soll es dann nicht mehr ankommen. Einer der Vorredner habe schon große Zustimmungen gemacht, indem er den König von Preußen als Kaiser von Deutschland nicht zurückweicht, und nichts dagegen hat, wenn der König von Preußen Burggraf von Nürnberg wird. Er (Redner) glaube aber das nicht, und Fürst Hohenlohe werde als Minister Bayerns auch nicht geneigt sein, beratige Unterhandlungen anzuknüpfen; er werde sich nicht getrauen, auf einen beratigen Unterhandlung zwischen Hohenlohe und Wittelsbach in der Grafschaft Nürnberg einzugehen. Der jetzige Kampf könne nicht zum Gebelken des Landes führen; nur dadurch, daß man in mäßiger Richtung ein Regiment führe, könne man Bayern erhalten. Wenn die Partikularisten sich von den Ultramontanen in's Schlepptau nehmen lassen, würden sie ihrem geliebten Bayern den schlechtesten Dienst geleistet haben. Davor wolle er warnen!

Lucas bemerkt: daß es fast den Anschein habe, als habe Dr. Böck dieses Haus mit der „Zentralhalle“ verwechselt, und sucht dann ausführlich nachzuweisen, daß Hr. v. Hörmann mit seinem Wahlschreiben Unrecht gethan. Allerdings müsse jeder Minister gewisse Zielpunkte haben, auf die er hinzielt, allein bei Ausübung eines Rechts seien die Zielpunkte fix, und dürften nicht willkürlich verändert werden. Was die Presse und deren Ausdehnungen betreffe, so sei bei einem Vergleich die patriotische Presse im Vorteil. Redner sucht dies durch Zitate aus der „Kemptner Zig.“, aus dem „Frankl. Kur.“ und dem „Kur. für Niederbayern“ zu beweisen, und fügte bei, wenn man berücksichtige, daß v. Hermann eine ganze Schwefelbunde von Literaten auf Kosten des Landes unterhalten habe, welche die patriotische Presse zu bekämpfen hatten, so sei es nicht zu verwundern, wenn die patriotischen Redakteure auch manchmal einen „Soufflé“ machten. Aus der Beurtheilung einiger Zeitungen dürfe man keinen Schluß auf den ganzen Stand ziehen, die Schwandorfer Rede gehöre nicht hierher, und überhaupt sei es nicht nobel, Abwesende hier anzugreifen. Was den Bischof von Passau betreffe, so weiß Redner nicht, ob der Bischof mit seinem Klerus oder der Klerus mit seinem Bischofe die liebe Noth hat.

München, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Der Ministerialkommissar Bildersdorff verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf der Geheimhaltung der Resultate der Beratungen der Liquidationskommission. Die Interessen Bayerns seien gewahrt worden. Grell sprach gegen die innere und äußere Politik des Ministeriums Hohenlohe. Schlör, Luz und Hörmann verteidigten dieselbe. Bucher tadelte die Handhabung der Preßpolizei, und Gerstner vertrat den Gesetzentwurf der Fortschrittspartei.

München, 31. Jan. (Allg. Zig.) Die Deputation der Reichsräthe zur Uebergabe der Adresse ist vom König nicht empfangen worden.

München, 31. Jan. Die „Korresp. Hoffmann“ meldet die Ernennung des Legationsraths Baron v. Truchseß-Weghausen zum außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister Bayerns am russischen Hofe.

Darmstadt, 31. Jan. (Fr. Z.) Samstag 5. Febr. findet abermals eine Sitzung der ersten Kammer statt, in welcher diese eine Reihe ihr noch vorliegender Gegenstände erledigen wird.

Mainz, 29. Jan. In Folge der durch den offiziellen Bericht aus Licht gezogenen Thatsachen des Otrou-Uwessens ist die Bürgererschaft in außerordentlicher Aufregung. Die aus den Registern des städtischen Einnehmers ausgezogenen Zahlen erweisen mit einer einzigen Ausnahme die Ausfuhr an Brennmaterial, als viel höher wie die Einfuhr. Eine Steinkohlenhandlung hätte hiernach z. B. innerhalb drei Jahren 15,244, eine andere 6588 fl. u. v. Rückvergütung für gar nicht eingeführte Steinkohlen erhalten. Auf diese Weise werden eine ganze Reihe ephemerer Namen durch

das Zahlenergebnis der Register-Auszüge dem Verdacht des planmäßigen Betrugs an dem allgemeinen Eigenthum ausgelegt. „Die Thranen und Flüche armer Leute, welche wegen rückständiger Gemeindesteuern ausgepöndelt wurden, wollen geföhnt sein!“ ruft heute ein hiesiges Blatt und die Vorlage der Bücher der betreffenden Geschäftskonten wird zeigen, in welchem Umfange die mit Verleugungen und Fälschungen reichlich versehenen Register der Otrou-Zentralfasse geföhnt worden sind. Die Druckerei hat nahe an 2000 Zettel (a 1 fl.) mehr abgeliefert, als der Einnehmer verordnet hat. Das zeigt das planmäßige der Unterschleife. Es ist konstatiert worden, daß der Einnehmer in den vierziger Jahren um eine kleine Kautions verlegen, also ohne Mittel war, und heute über 50,000 fl. (nach dem Urtheil der Geschäftswelt aber noch bedeutend mehr) Privatbesitz hat. Die Ehre ganzer Klassen der Bürgererschaft ist durch dieses Treiben kompromittirt. Einige Bürgervereinigungen werden vorbereitet. Bis heute verlautet indessen noch nicht, daß auch nur die Suspension der verdächtigen Beamten erfolgt wäre.

Sontershausen, 25. Jan. (N. Fr. Z.) Durch den gestrigen Beschluß des Landtags in der Jagdfrage ist ein seit Jahren auf der Tagesordnung stehender Gegenstand erledigt worden. Der einstimmig angenommene Gesetzentwurf betrachtet die Jagd als Vertinenzstück des Grund und Bodens; sie wird auf einer Besitzfläche von 300 Morgen von dem Eigenthümer ausgeübt, muß aber bei kleineren Parzellen verpachtet werden. So weit die Jagd bisher, gegen eine jährliche Entschädigung von 2000 Thlr., dem fürstl. Kammergut zustand, wird sie durch eine von den Landinteressenten bis zum 1. Juni d. J. an dasselbe zu zahlende Summe von 30,000 Thlrn. abgelöst. Diese wird durch den 18-fachen Zahlungsbetrag des nach Maßgabe der Ertragsfähigkeit der Grundstücke für den Morgen in sechs Klassen auf 1, 2, 4, 6, 8, 10 Pfennige angemessenen Jagdwerthes aufgebracht. Zur Ausübung des Jagdrechts ist ein bei der Ortsbehörde für 2 Thlr. zu lösender Jagdschein erforderlich. — Der Landtag wurde nach Erledigung der Vorlagen auf einige Monate vertagt.

Kiel, 29. Jan. Die medizinische Fakultät der hiesigen Universität hat sich jetzt gutachtlich dahin geäußert, daß die Real Schüler mit gleichen Rechten wie die Gymnasialabituirenten zum Eintritt in die medizinische Fakultät der Universität berechtigt sein sollen.

Berlin, 31. Jan. Der Winterkursus, welcher auf der hiesigen Artillerie-Schießschule abgehalten wurde, hat mit Ausgange dieses Monats sein Ende erreicht. Die meisten mit diesem Kursus kommandirt gewesenen Offiziere haben schon am Samstag Berlin verlassen, um zu ihren Truppentheilen zurückzukehren. — Am 29. d. Mts. ist in Halle der Oberpräsident a. D. D. Beumann gestorben. Derselbe war seit einer Reihe von Jahren Kurator der Universität Halle, sowie durch allerhöchstes Vertrauen berufenes Mitglied des Herrenhauses.

Unter dem Vorsitz des Grafen Bismarck wird heute Abend eine Berathung des Staatsministeriums stattfinden. Wie verlautet, sind in nächster Zeit Schritte zu erwarten, welche darauf abzielen, über die fernere Behandlung des Entwurfs einer neuen Kreisordnung, sowie über das Zustandekommen dieses Reformwerkes möglichst noch eine Verständigung herbeizuführen. Dabei soll namentlich auch versucht werden, in Betreff der Regierungsvorlage wie einiger Aenderungsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses zwischen diesem Hause und dem morgen wieder zusammentretenden Herrenhause schon vorweg eine Ausgleichung anzubahnen. Auch im Fall sich solcher Versuch nur auf eine gegenseitige Stimungsorientierung beschränkte, würde er doch immer den Erfolg haben, der Regierung Gewißheit darüber zu verschaffen, inwieweit auf einen legislativen Abschluß der Kreisordnung noch zu rechnen ist. Allem bisherigen Anschein nach sind die Aussichten in dieser Beziehung sehr gering.

Bekanntlich ist zwischen dem Zollverein und Japan ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag abgeschlossen. Den Bestimmungen dieses Vertrags zufolge soll der König von Preußen das Recht haben, in Japan einen diplomatischen Agenten als Vertreter des Gesamtvereins zu beglaubigen. Außerdem können von Vereinswegen ein Generalkonsul für ganz Japan, sowie Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten für jeden offenen Hafen und jede offene Stadt dieses Reiches bestellt werden. Auf der andern Seite hat der Kaiser von Japan das Recht, in Berlin eine diplomatische Mission und an den betreffenden Vereinsplätzen konsularische Agenturen zu begründen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags werden den Angehörigen des Zollvereins sechs genau bezeichnete japanische Häfen geöffnet. Die Deutschen dürfen dort auch dauernd wohnen und Grundstücke erwerben. Sie können sich gottesdienstliche Gebäude errichten und bleiben in der Ausübung ihrer Religion ungestört. Die etwa zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten sind der Entscheidung der deutschen Behörden unterworfen. Bei Streitigkeiten zwischen Deutschen und Japanesen richtet die Behörde des Verklagten. Verbrechen gehören vor das Forum der Behörde des Täters und werden an Deutschen nach den deutschen Gesetzen bestraft.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. Jan. Eine Reihe von Mittheilungen aus Konstantinopel ist abermals beschäftigt, zahlreiche schwarze Punkte in den türkisch-egyptischen Beziehungen zu signalisiren. Dem entgegen ist zu bemerken, daß die Pforte, anknüpfend an die von ihr dankend anerkannten guten Dienste der Mächte, diesen Mächten gegenüber ausdrücklich ihre volle Ueberzeugung konstatirt hat, daß der Khedive den festen Willen habe, seine ihm in Erinnerung gebrachten Vasallenpflichten in ihrem ganzen Umfang durch die That zu bekräftigen, und daß ihr (der Pforte) damit die Möglichkeit geboten werde, demselben demnächst einen Beweis ihres Wohlwollens zu geben, der, wie sie anzunehmen Grund habe, den letzten Rest der etwa in Kairo gehegten Besorgnisse zu beseitigen geeignet sei.

Brag, 29. Jan. Das Landtags-Gesetz, betreffend die Änderungen der Landtags-Wahlordnung für Böhmen (wornach die Landtags-Wahlen künftig nicht mehr mündlich, sondern durch Abgabe von Stimmzetteln stattzufinden haben), hat die kaiserl. Sanction erhalten.

Schweiz.

Bern, 31. Jan. Die heute zum Zweck der Ersatzwahl für den verstorbenen Bundesrath Ruffy zusammengetretene Bundesversammlung hat ihr seitheriges Bureau wieder gewählt.

Italien.

Florenz, 31. Jan. Gestern Abend ist der König in Florenz angekommen. Das Wahlkollegium von Belluna hat den Marineminister Admiral Acton mit 230 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

Rom, 27. Jan. (Köln. Ztg.) Mgr. Mannig hat in St. Andrea della Valle vor einem sehr zahlreichen englischen Publikum gepredigt. Es ist nicht Reuertalent, sondern jener den meisten Bekehrten eigene überfluthende Glaubenseifer, der ihn auszeichnet. Dabei geht dann freilich oft das Gefühl mit dem Verstande durch und mit der Wahrheit der Thatsachen wird es auch nicht genau genommen. So versicherte er von der Kanzel herab, die katholische Kirche sei in ihren Vertretern nie so innig verbunden, nie so einig gewesen, wie eben jetzt auf dem vatikanischen Konzil. Nun weiß hier aber doch Jeder, daß diese Einigkeit so wenig im Allgemeinen da ist und täglich geringer wird, daß mancher Einzelne, ja, manche Gruppen von Bischöfen sofort in ihre Diöcesen zurückkehren würden, müßten sie nicht besorgen, den Riß dadurch nur noch größer zu machen. — Der Bischof von Tulle predigte in eben jener Kirche über die Nothwendigkeit der Definition des Dogmas von der Unfallibilität, aber seine Rede war so voll unfruchtbarer Sophismen, daß viele Zuhörer aufstanden und sich entfernten.

Die Verhandlungen der vorigen Woche, sowie die gestern und heute abgehaltenen hatten Sachen der kirchlichen Disziplin zum Gegenstande, und für die nächste Sitzung ist ebenfalls ein auf die Organisation der Kirche bezüglicher Punkt ausersehen. Das Kapitel der Synoden und Generalvikare scheint, da es sich namentlich beim letzten um eine wesentliche Erweiterung der Rechte des päpstlichen Stuhles handelte, gründlich und lebhaft erörtert worden zu sein. Was die Frage der Unfallibilität betrifft, so herrscht bei einem großen Theile der Bischöfe, und zwar auch bei solchen, welche keine oppositionelle Stellung zu derselben eingenommen haben, die Ansicht, daß es nicht zu ihrer Promulgation kommen werde. Ueber die Art und Weise, wie die Petition gegen die Unfehlbarkeit dem hl. Vater vorgelegt worden sei und welches Empfanges sie sich zu erfreuen gehabt hat, zirkuliren die verschiedensten Gerüchte, die nur darin übereinstimmen, daß die Aufnahme keine sehr zuvorkommende gewesen sei. Die Umänderung der auf Glaubenssachen sich beziehenden Vorlage scheint der Kommission der Vierundzwanzig einige Mühe zu machen, wenigstens ist man bis jetzt nicht so weit gekommen, um zur votation schreiten zu können, demgemäß gilt es bereits für gewiß, daß der 2. Februar sich nicht für eine öffentliche Sitzung eignen werde. Es ist noch immer kein Punkt, über den ein endgiltiger Beschluß gefaßt wäre. Manche Bischöfe behaupten bereits, daß das Konzil zwei bis drei Jahre dauern werde.

Frankreich.

Paris, 30. Jan. (Köln. Ztg.) Dem „Moniteur“ zufolge ist Hr. Lavignerie, Bischof von Algier, der bekanntlich vor einigen Tagen aus Rom in Paris angekommen ist, seitens des Papstes mit einer Mission beim französischen Hofe beauftragt. Derselbe soll nämlich der französischen Regierung für den Fall, daß die Unfehlbarkeit im Konzile ausgesprochen wird, die beruhigendsten Versicherungen über die Tragweite dieses Ereignisses geben und andeuten, daß der römische Hof, wenn dieses Resultat erst einmal erreicht sei, sich viel verständlicher in seinen Beziehungen mit der französischen Regierung zeigen könne, insofern es die von dem Syllabus von 1864 angeregten Fragen betreffe.

Die Minister hielten heute Morgen eine Versammlung auf dem Justizministerium ab, um über die Interpellation des Hrn. Dupuy de Lome zu berathen, welcher bekanntlich die Auserkennung der Dekrete vom 9. Januar bis nach beendeter Untersuchung verlangt. Morgen werden sich die Minister in den Tuilerieen versammeln, um nochmals über den nämlichen Gegenstand zu berathen. Wie bis jetzt verlautet, will das Cabinet die Dekrete vollständig aufrecht erhalten. — Die Stadt Paris soll jetzt doch einen gewählten Gemeinderath erhalten. Das Projekt, den Gemeinderath der Hauptstadt durch den Gesetzgeb. Körper ernennen zu lassen, ist aufgegeben worden. — Der Kaiser war gestern in Versailles auf der Jagd, und heute tief die Kaiserin Schlittschuh auf dem reservirten See des Boulogner Gehölzes. Eine zahlreiche Menge, die jedoch in respektvoller Ferne gehalten wurde, wohnte dem Schauspiel an. Eine große Anzahl eleganter Damen, darunter auch die Fürstin Metternich, befanden sich in Gesellschaft der Kaiserin.

Die Angelegenheit des Prinzen Peter Bonaparte soll am 15. März vor den hohen Gerichtshof kommen, der sich de-

finitiv in Bourges versammelt. Die Zahl der Zeugen, welche bis jetzt verhört wurden, beträgt 50, darunter auch der Deputirte Lebreton. Obgleich der Prinz von dem mit der Untersuchung betrauten Präsidenten Dims mit äußerster Milde behandelt wird, so befindet er sich fortwährend in einem sehr erregten Zustande. — In Monaco hat ein kleiner Aufruhr stattgefunden. Anlaß dazu gab der französische Ex-Kapitän Doineau, der bekanntlich vor mehreren Jahren wegen Theilnahme an der Ermordung mehrerer Personen in Algerien — er war Chef eines arabischen Bureau's — zuerst zum Tode verurtheilt und dann zu einem Jahre Gefängniß begnadigt wurde unter der Bedingung, sich nach abgelaßener Strafreise ins Ausland zu begeben. Dieser Doineau war seit einiger Zeit in Diensten des Fürsten von Monaco, wo er die Verschönerungsarbeiten zu leiten hatte. Da er aber seine Untergebenen so behandelte, als wenn er noch seine „Araber“ vor sich hätte, so rotteten sich dieselben am Donnerstag zusammen und zogen, 300 Mann stark, vor das Schloß des Fürsten, um die Verabschiedung des „Kapitans“, wie man Doineau dort noch nennt, zu verlangen. Der Fürst gab sofort nach und ertheilte Doineau den Befehl, seine „Staaten“ zu verlassen. Dieser weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten, und stellte sich unter den Schutz des französischen Konsuls, der ihm aber bedeutete, das Beste, was er thun könne, sei, dem Befehle der Regierung Folge zu leisten.

Paris, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers bemerkte Hr. Steuacker gelegentlich des Protokolls, daß ihm wichtiger als eine Reform der Präsektur-Gebiete die völlige Unterdrückung der Unterpräsekturen erscheine. Hr. Martel legt hierauf zwei Gesetzentwürfe vor, die bestimmt sind, die Unabhängigkeit der Gerichtsbehörden besser zu verbürgen. Er bezieht sich hierbei auf eine vom Generalprokurator von Lyon gehaltene Rede. Bei dieser Citation wird der Lärm so groß, daß die Stimme des Redners davon überäubt wird. Der Präsident, Hr. Alfred Le Roux, bezieht diesen Umlauf, um die Lesung der Motive zu verhindern.

Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß der Minister der schönen Künste beschloffen habe, in aller Kürze eine Kommission zu ernennen, welche damit beauftragt sein wird, die Modifikationen und Verbesserungen zu prüfen, welche in der jetzigen Organisation des kais. Konservatoriums für Musik und Deklamation vorzunehmen wären. Das „Offizielle Journ.“ wird binnen einigen Tagen die Namen der Mitglieder dieser Kommission veröffentlichen, welche, davon sind wir überzeugt, alle Bedingungen der Fähigkeit und Unparteilichkeit darbieten wird, um die Prüfung, der sie sich zu widmen hat, zu einer fruchtbaren zu machen.

Gestern hielten die Minister im Justizministerium eine Berathung ab.

Die „Liberté“ bringt einen Brief von den Aerzten des Hrn. Raspail, den Hrn. Camille Raspail, Dupré und Beyne, worin gemeldet wird, daß die Besserung des alten Herrn ihren Fortgang nimmt und daß, wenn alle Gefahr vorbei ist, was hoffentlich bald der Fall sein wird, die Genesung doch noch lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Dem „Moniteur“ zufolge hat Hr. Marfori soeben Paris verlassen, um sich in Marseille nach Portugal einzuschiffen. Die Unruhe des ehemaligen Intendanten der Königin von Spanien ist vollständig und man glaubt, daß in Folge seiner Entfernung die hervorragenden Persönlichkeiten der spanischen Emigration nunmehr von ihrer Zurückhaltung ablassen und sich um die entthronte Königin und ihren Sohn, den Prinzen Alphonso, scharen werden. Es wird ferner berichtet, daß die Königin Isabella in wenigen Tagen ihre Thronenthagung zu Gunsten ihres Sohnes publiziren wird, um die Ansichten, die demselben noch auf den spanischen Thron verbleiben, zu erhöhen. — Rente 73.57 1/2, Cred. mob. 205, ital. Anl. 54.95.

Portugal.

Lissabon, 25. Jan. Die Frage, welche augenblicklich die Gemüther in Portugal beschäftigt, ist die der Abgeordnetenwahlen. Alle Parteien bereiten sich eifrig darauf vor. Die Opposition hat den Bischof von Bizen zum Führer, der Minister des Innern im letzten Cabinet war, und die Regierung beschäftigt sich mit der Auswahl der Freunde, von denen sie in der Kammer vertheidigt zu sein wünscht. Der Kampf wird von beiden Seiten äußerst erbittert sein. Die Finanzfrage bleibt nahezu dieselbe. Die Regierung begegnet nicht mehr so vielen Schwierigkeiten bezüglich der auswärtigen schwebenden Schuld, die durch die letzte Anleihe Stern bezahlt werden konnte, allein das Defizit ist noch bedeutend. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um mehr als 5000 Kontos Reis. — Die neue Kammer ist für den 31. März einberufen und die Deputirtenwahlen sollen am 6. März stattfinden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 29. Jan. Der Bericht des Finanzministers über das Reichsbudget für das Jahr 1870 ist jetzt veröffentlicht worden. Es heißt in demselben: „Die Erhöhung fast sämtlicher Einkünfte dauerte, Dank der friedlichen Entwicklung der moralischen und materiellen Interessen, im Jahre 1869 fort. Die Finanzen des Reiches erwerben immer mehr eine dauerhafte Grundlage.“

Riga, 31. Jan. Aus Bolderaa wird gemeldet, daß bei 20 Grad Kälte vom dortigen Leuchtthurm meilenweit kein offenes Wasser sichtbar ist. Die Meerenge zwischen Kap Domes-Näs und der Insel Desel ist vollständig zugefroren.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 22. Jan. (Hamb. Kor.) Nach einem Berichte des General-Feldzeugmeisters besaß die schwedische Armee zu Ausgang 1869 ungefähr 52,000 Remington'sche Hinterladungsgewehre. Im Laufe d. J. sollen neuerdings 20,000 Stück fertiggestellt werden, und die Regierung hat zu diesem Zwecke beim Reichstage die außerordentliche Bewilligung von 200,000 Thlrn. beantragt. Der Marineminister beabsichtigt, in diesem Jahre zwei Panzer-Kanonboote bauen

zu lassen. Die Regierung wird die Befestigungsarbeiten von Karlsborg und in den Stockholmer Schären fortsetzen lassen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 1. Febr. 49. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kirchner.

Am Ministertisch: die Ministerpräsidenten v. Frey dorf und v. Dusch, Ministerialrath Turban.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen, theils Entschuldigungen einzelner Mitglieder, theils Mittheilungen des andern Hauses.

Der Sekretär Morst adt zeigt eine Petition aus dem Bezirksamt Eriberg, betr. die Beschränkung der Schulzeit während des Sommerhalbjahres, an.

Ministerpräsident v. Frey dorf legte den am 1. Januar d. J. zwischen Baden und dem Norddeutschen Bund abgeschlossenen Vertrag über wechselseitige Gewährung der Rechtshilfe vor.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Berichtes des Abg. Gerbel über den Gesetzentwurf, das Eigenthum der Verhandlungen des Rheins längs der bayerischen Grenze betreffend.

Abg. Baumstark spricht den Wunsch aus, die Großh. Regierung möge noch die doppelte Zusage aufnehmen, daß auch dem Publikum und nicht bloß den Eigenthümern (z. B. den Jagdberechtigten) das Durchgehen (außer der Durchfahrt) durch das hierdurch dem Staat zufallende Vorland gestattet werde, und daß die Regierung den Vorlandkreisen nicht zu einem selbständigen Jagdgebiet erheben wolle. Im Uebrigen werde er dem Gesetz zustimmen.

Ministerpräsident v. Dusch verweist darauf, daß das durch das Gesetz dem Staat zugewiesene Land wie jedes andere Staatseigenthum behandelt werden solle, bei welchen nach der Praxis der Zutritt dem ganzen Publikum offenstehe. Bezüglich des Jagdrechts werden die allgemeinen Grundzüge in Anwendung kommen, wornach das Jagdrecht dem Eigenthümer einer zusammenhängenden Fläche von 200 Morgen zukomme. Da aber das Vorland, welches zusammen etwa 200 Morgen betrage, nicht durchgängig zusammenhänge und sich jedenfalls dieser Streifen zur Ausübung eines besonderen Jagdrechts nicht eigne, so werde der Staat auf demselben ein solches nicht ausüben, sondern nach den allgemeinen Grundzügen die Gemeinde die Jagd auch dieser Theile verpacken.

Abg. Baumstark: In der Kommission habe Zweifel geherricht, ob das neu entstehende Vorland zur Gemeindegemeinung gehöre, welcher durch diese Erklärung wohl gehoben sei.

Abg. Heidenreich: Bisher werde trotzdem im Oberland das Jagdrecht im Vorland auf Rechnung des Domänenrars verpacket. Zugleich macht Redner darauf aufmerksam, daß dort nach dem Gesetz vom 23. Mai 1856 das Vorland auf 300 Fuß, während hier bloß auf 50, dem Staat gehöre und wünscht Aenderung der den dortigen Gemeinden auferlegten Flußbau-Beiträge.

Abg. Richter hebt ebenfalls den Schaden der oberländischen Gemeinden hervor, welcher durch die Ausdehnung des Vorlandes auf 300 Fuß diesen zugehe; Redner wünscht, daß die Flußbau-Beiträge endlich einmal aufgehoben werden.

Abg. Winter hebt hervor, daß die verschiedene Größe des Vorlands im Oberland die verschiedene Behandlung der Jagdberechtigungen demselben erkläre.

Abg. Kiefer zeigt an, daß wegen Vermindern der Flußbau-Kosten Petitionen dieser Kammer zugehen würden; eine Reform dieses Verhältnisses sei zu wünschen, weil es unrecht sei, die hauptsächlich theilhaftigen Gemeinden das Ganze dieser Kosten tragen zu lassen. Doch sei hier nicht der Ort, diese Frage zu behandeln.

Abg. Paravicini: Diese Gemeinden hätten doch auch große Vortheile durch die Rheinkorrektion, insbesondere haben sie viel Land dadurch gewonnen.

Ministerpräsident v. Dusch glaubt ebenfalls, daß man doch zuerst das in's Auge fassen soll, daß den Gemeinden durch die Rheinkorrektionen sehr viel geschenkt werde; denn nach natürlichem Recht sei doch eher der Staat Eigenthümer der durch seine künstlichen Bauten neu geschaffenen Ländereien; der Staat verzichte aber mit diesen Gesetzen auf das ihm zustehende Recht und behalte sich nur das zu seinem Werke Nothwendige vor. Eben dadurch, sowie durch den so geschaffenen Dammschutz rechtfertigen sich auch die Flußbau-Beiträge der betroffenen Gemeinden; höchstens deren neue Vertheilung, nicht die Aufhebung derselben werde stattfinden können.

Abg. v. Kottke erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung die Revision der Flußbau-Beiträge zu Gunsten der dem Rhein angrenzenden Gemeinden notwendig sei.

Abg. Baumstark fragt an, wie es dann, wenn hinten an das Vorland das Jagdrecht selbständig Berechtigter, nicht das Gemerkungsrecht, anstoße, mit dem Jagdrecht am Vorland stehe.

Ministerpräsident v. Dusch: Auch dann werden die Grundzüge der allgemeinen Jagdgesetzgebung weiter in Anwendung kommen; jedenfalls werde ein Anspruch auf selbständige Jagd auf solchen Vorlandstreifen vom Staat nicht erhoben werden.

Abg. Heidenreich besteht auf seinen vorher gemachten Ausführungen und behauptet, daß durch die 300 Fuß Vorland nicht bloß überfluthetes, sondern auch schon bewachsenes Land ergriffen werde.

Ministerialrath Turban erwidert: Nur für solche Parzellen, an denen keinerlei Landgewächse Platz gegriffen hätten, sei das Eigenthumsrecht des Staates durch das Gesetz von 1856 begründet worden; an dem übrigen, bereits zur Zeit der Korrektion mit Wald bewachsenen Land habe der Staat das Eigenthum nöthigenfalls im Wege der Expropriation erwerben müssen.

Abg. Lender glaubt, daß das Gesetz von 1856 mit dieser Vorlage in Einklang zu setzen sei.

Ministerialrath Turban: Der Unterschied zwischen dieser

Vorlage und dem Gesetz von 1856 sei ein ganz begründeter; am Oberrhein, wo der Strom noch einen größeren Theil des Landes beherrsche, brauche die vom Staat vorzunehmende Korrektur ein größeres Gebiet sowohl zu ihren Arbeiten als auch zu Anpflanzung des dazu erforderlichen Faschinenholzes.

Abg. Richter widerspricht diesen Ausführungen; es seien auch im Oberland nicht 300 Fuß Vorland nöthig, sondern würden auch dort 50 Fuß Vorland genügen.

Abg. Friderich erwähnt, daß das Gesetz von 1856 gerade deshalb auch vorgelegt wurde, weil auf andere Weise das Faschinenholz zu den Bauten nicht gewonnen werden konnte. Die Verhältnisse des Rheins im Oberlande seien wirklich ganz andere als die an der bayerischen Grenze, und das Gesetz von 1856 sei ein ganz billiges.

Abg. Richter erwidert, daß der Staat das Faschinenholz auch ohne ein solches Gesetz sich durch Expropriation erwerben könne und

Ministerialrath Turban führt an, daß den Gemeinden durch das Gesetz von 1856 ein großes Stück Land wahrhaft geschenkt worden sei, denn der Staat habe als Vorland nur 4500 Morgen durch die Korrektur erworben, während die Gemeinden 17,540 Morgen (niedrig geschätzt mit einem Werth von 5 Mill. fl.) dadurch erhalten haben, abgesehen von den durch die Entfumpfung anderer Strecken geschaffenen Vorteilen.

Abg. Hummel versichert, daß die durch die Rheinkorrektur geschaffenen Vorteile von den betreffenden Gemeinden anerkannt würden.

Der Berichterstatter Gerbel glaubt, daß der Wunsch des Abg. Lender auf einem Mißverständnis beruhe; der Staat wolle ja durch dieses Gesetz so wenig wie durch das von 1856 einen Vorteil für sich; er habe damals zu seinen Arbeiten 300 Fuß nöthig gehabt, hier aber 50 Fuß; die Rechtsgleichheit sei für beide Verhältnisse vorhanden. Durch die heutige Erklärung der Regierung sei auch das Bedenken beseitigt, daß der Staat das Jagdrecht auf dieser Strecke in Anspruch nehmen möchte.

Hiermit wird die Generaldiskussion geschlossen und ohne weitere Diskussion die einzelnen Artikel und bei namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz in der von der Ersten Kammer beschlossenen Fassung einstimmig angenommen.

Hiermit wird die Sitzung geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

* Die auch in unser Blatt übergegangene Nachricht von dem Tode des sog. „Reichs-Kanarienvogels“ Kösler von Dels (in Schlesien) ist eine zweifelslos durch den gleichen Namen hervorgerufene Verwechslung. Gestorben ist am 4. Jan. in Neu-York Dr. Fr. Kösler, ein geborner Württemberger, der, in die politischen Wirren seiner Heimath in den Jahren 1848 und 49 verwickelt, nach einer längeren Haft auf dem Hohen-Asperg nach Nordamerika ausgewandert und in Neu-York sein Fach, Chirurgie und Geburtshilfe, ausübte. Das als „Reichs-Kanarienvogel“ bekannte Mitglied des deutschen Parlaments, Kösler von Dels, war Lehrer und ist, wenn wir nicht irren, schon vor längerer Zeit auch in Nordamerika mit Tod abgegangen.

Aus Bayern, 26. Jan. Ein Haberfeldtreiben statt, das insbesondere auch gegen einige geistliche Herren der Umgebung, angeblich anlässlich standbaldiger Uebertretungen des sechsten Gebotes, gerichtet war.

Darmstadt, 30. Jan. (Fr. Z.) Demnächst wird vor dem hiesigen Bezirksstrafgericht ein interessanter Rechtsfall verhandelt werden. Derselbe betrifft den ehemaligen Großh. hessischen Oberleutnant Jäger. Der genannte Herr ist gegenwärtig in Bensheim wohnhaft und hat sich dajelbst, wie die Anklage behauptet, verschiedener Schmähungen der katholischen Religion, insbesondere des Dogma's von der unbesiegbaren Empfindung schuldig gemacht. Die Verhandlung wird aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit vermuthlich theilweise bei verschlossenen Thüren stattfinden müssen.

Großgerau, 30. Jan. (Darmst. Z.) Nachdem im Lauf dieser Woche, und zwar am 26. Vormittags 6 Uhr 58 Min., am 28. Vormittags 7 Uhr 2 Min., am 29. Vormittags 7 Uhr 20 Min. und heute Vormittags 7 Uhr 50 Min. leichtere Erdberschütterungen verspürt wurden, fand so eben Vormittags 11 Uhr 15 Min. wieder ein kräftiger, in kurzem Zeitintervall sich wiederholender, vertikaler Erdböß statt, der seiner Intensität und Qualität nach mit den Stößen dritter Kategorie von Anfang November v. J. zu vergleichen war.

Aus dem Riesengebirge, 29. Jan. Gewaltige Schneemassen bedecken die Berge, die und da 6-9 Fuß mächtig, so daß der Verkehr der Baubewohner, namentlich zwischen Böhmen und Schlesien, vorüberhand sehr erschwert, stellenweise unmöglich ist.

Schaffhausen, 30. Jan. (Bund.) Die gestrige Eisenbahnversammlung war ungemein stark besucht; wir schätzten die Theilnehmer etwa auf 300 und alle bei dem Projekt interessirten badischen und schaffhausener Gemeinden waren vertreten. Der Vortrag des Hrn. R. Moser-Ott begann mit einleitenden Worten über die Bedeutung der Eisenbahnen in verkehrlicher Beziehung, er gab einen geschichtlichen Rückblick auf die badischen Eisenbahnlinien und die Verkehrsförderungen dieses Nachbarlandes, deren Tendenz ursprünglich nach einem stillen Alpenpaß hinauslies, und über ihre heutige veränderte Situation durch die gesicherte Gotthardt-Linie, und verweilte lange Zeit bei den schaffhausener Projekten und deren Bedeutung und Berechtigung; er gibt das Randen-Projekt nicht verloren, glaubt Schaffhausen-Büschel gesichert, ebenso die Schleithamer-Bahn, zweifelt aber an Singen-Andelfingen, das ihm mehr für eine Splügen- als für eine Gotthardt-Bahn von Nutzen scheint und nicht im badischen Interesse liege.

Auf das Engen-Thoyner Projekt übergehend, das durch ein vertheiltes Eisenbahnnetz noch mehr veranschaulicht wird, hebt er dessen Vorteile für die badischen Gemeinden und Baden hervor, betont, daß es von Baden wohl nicht als Lokalbahn, sondern als Mittel- und Verbindungsbahn für den württembergischen Verkehr angesehen werden dürfte, deren Erstellung Baden zum Vortheil gereiche und unerhebliche Kosten, vielleicht eine Million, verursache. Baden könne dadurch die Waaren bis Neuhäusen auf seinen Schienen behalten, da die Bülacher Bahn sich von Neuhäusen abzweigen werde. Man müsse sich aber regen, nicht zuwarten, damit das Konzeptionsbe-

gehen noch zeitig eingereicht werden könne, um in der badischen Kammer verhandelt zu werden.

Baron Hornstein aus dem badischen Binningen sprach von den Beziehungen der badischen Höhgaugemeinden zu Schaffhausen, das er in volkwirtschaftlicher Beziehung als des Höhgau's Hauptstadt und Hauptabgabestelle betrachtet, und will einzig ein Vorgehen mit Baden. Dr. Erzinger entwickelt die vormalige und jetzige Eisenbahn-Politik Badens, schlägt die Wahl eines Komitee's vor, das beförderlich die Sache an die Hand nehme, Kostenberechnung und Vermessung vornehme und dann Konzeptionsbegehren einreiche. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird einstimmig die Wünschbarkeit der Ausführung des Projektes bejaht, ein Komitee von 23 Mitgliedern gewählt, in dem die 17 berührten Gemeinden vertreten sind, und dieses wird aus seiner Mitte ein engeres Komitee bestellen.

In Bourla (Smyrna) ist vor Kurzem ein Grieche, Habschi Athanassi, in dem patriarchalischen Alter von 125 Jahren gestorben, der die Regierungsperioden von neun Sultanen erlebte. Seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten behielt er bis zum letzten Augenblicke bei. Seine regelmäßige Nahrung bestand aus Fischen und vegetabilischer Kost; außer zu Ostern aß er niemals Fleisch.

Amsterdam, 31. Jan. Die Zeichnungen auf das neue russische Anlehen haben einen glänzenden Erfolg erreicht. Es wird bereits ein namhaftes Agio notirt.

Vom 27. Januar ab erscheint in Moskau eine „Moskauer deutsche Zeitung“ wöchentlich dreimal.

Die physikalische Section der Academy of Sciences in London hat in ihrer letzten Versammlung den Professor Kirchhoff in Heidelberg als korrespondirendes Mitglied an Stelle des verstorbenen Professors Forbes in Vorschlag gebracht. Als Kandidaten standen neben ihm die Hh. Angström, Villet, Dove, Grove, Henry (Philadelphien), Jakobi, Toule, Lloyd (Dublin), Reijß, Stokes, Lyndall, Bopiceili und Sir William Thomson auf der Liste.

Das englische Marineministerium macht bekannt, daß heimkehrende Schiffe im südlichen Atlantischen Ozean auf ungewöhnlich zahlreiche Eisberge gestoßen sind, welche sich in dem 42° westl. Länge bis zum 42 1/2° Paralleltreife südl. Breite nach Norden hin ausdehnen.

Der „New-York Times“ zufolge war am 12. Jan. an der Methodistengemeinde des Dorfes Astoria die folgende, vielgesehene Bekanntmachung angeschlagen: „Belohnung — 500 Dollars Belohnung erhält Jeder, der Auskunft zu geben vermag über den Aufenthalt des hochwichtigen Horace Coote, früher Pastor dieser Kirche und vor Kurzem mit einem 16 Jahre alten Lamm seiner Herde durchgebrannt.“

In Viktoria hat die neue Methode zur Heilung giftiger Schlangenbisse durch Injektion von Ammoniak sich durch zwei neue Beispiele als durchaus praktisch erwiesen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 1. Febr. Den gestern von dem Präsidenten des Ministeriums des Großh. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten v. Freytag gegebenen Ball besetzten Ihre K. K. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, Seine Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm und Dessen Gemahlin Kaiserl. Hoheit, Ihre Großh. Hoheiten der Prinz Karl, die Fürstin von Leiningen, die Prinzessin Elisabeth, Se. Durchl. der Fürst von Hohenlohe und Dessen Gemahlin Großh. Hoheit, mit Ihrer Anwesenheit. Außerdem wohnten dem Balle, welcher bis gegen 3 Uhr währte, die Herren und Damen des diplomatischen Korps, die obersten Hof- und Staatsbeamten, die Mehrzahl der Mitglieder beider Häuser des Landtags und viele andere Herren und Damen der Gesellschaft an.

Karlsruhe, 1. Febr. Das heute erschienene Verordnungsblatt der Großh. Verlehrsverwaltung enthält:

1. Allgemeine Verfügungen. Postwesen: Die Vergebung von Hausgeräthen (als Umzuggegenstände) nach der Schweiz.

II. Sonstige Bekanntmachungen. a) Kurs der französischen Paketboote nach überseeischen Ländern. b) Wildpretjagden nach Frankreich.

Karlsruhe, 31. Jan. (B. L. Z.) Im Thiergarten hat gestern ein sog. Eisfesto stattgehabt. Die treffliche Kapelle des großh. 2. Dragonerregiments spielte, die Eisbude war von Besuchern bedeckt, für Zuhauer waren auf dem Eise Bänke zum Sitzen hergestelt und die angenehme Witterung gestattete es denselben, davon Gebrauch zu machen, ja es bot einen seltenen Anblick, wenn man im Freien Herren und Damen beim Kaffe sitzen sah, wie im Sommer. Wir müssen hervorheben, daß die Gesellschaft, welche sich im Thiergarten einfand, eine ganz auserlesene war. — Inzwischen wogte es auch auf der Schießwiese von Hunderten von Schützklubläufern, namentlich auf dem Theile, welchen der Schützklub für sich ausdieset hat.

Buchsal, 26. Jan. (Kraib. Ztg.) In Folge der großen Geschäftshaltung, welche vom 1. Febr. an durch die bürgerliche Stabsbeamtung dem Bürgermeister und Rathschreiber erwächst, hat der hiesige Gemeinderath beschlossen, den Gehalt des Bürgermeisters um 600 fl. und den des Rathschreibers um 200 fl. zu erhöhen. In den nächsten Tagen wird dieser Beschluß dem Großen Ausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden. Man findet diese Gehaltserhöhung sehr begründet, da eine Gemeinde von über 9000 Seelen der bürgerlichen Stabsbeamtung viele ermüdende und zeitraubende Geschäfte verursacht.

Heidelberg, 29. Jan. (B. L. Z.) Die Baulinie der von hier nach Schwellingen anzulegenden Eisenbahn ist nunmehr bis zur Schwelinger Straße definitiv festgesetzt. Von da wird die Bahn auf eben dieser völlig geraden Straße nach Schwellingen fortgeführt werden. Auch die Zugstrichung der von diesem Orte nach Speyer anzulegenden Bahn ist nun definitiv festgesetzt worden. Sie bietet nicht die mindeste Schwierigkeit dar, und soll von Reisch aus auf dem Rheinfahrtdamm bis gegenüber der Stadt Speyer geführt werden; dort ist nun eine Fahrbrücke zu errichten, die auf 60,000 fl. veranschlagt ist, von wo auf einer Kurve, süßlich von Speyer, der Bahnhof zu errichten ist. Von Seiten der bayerischen Behörde findet diese Angelegenheit das bereitwilligste Entgegenkommen. — Was die von hier, bezw. Neuenheim nach Weinheim anzulegende Bahn betrifft, so berechnet man die Kosten hierfür auf gegen 4 Mill. fl. Es ist nämlich dort vieles, hoch im Werthe stehendes Grundeigenthum zu expropriiren, auch eine besondere Fahrbrücke über den Neckar anzulegen. Aus Privatmitteln allein kann demnach diese Bahn auf keinen Fall gebaut werden.

Krautheim, 28. Jan. (Laub.) Am letzten Sonntag fand hier die angekündigte Generalversammlung des hiesigen Vorschussvereins statt, die ziemlich zahlreich besucht war. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hr. Domänenverwalter Benz, erstattete den Rechenschaftsbericht für das abgelaufene erste Geschäftsjahr. Darnach betrug der Umsatz 12,099 fl., der Reingewinn 113 fl. Vorschüsse wurden 67 gegeben im Gesammbetrage von 5462 fl. Davon wurden 21 verlängert mit 1340 fl. Die Geschäftsanteile (Beiträge) der Mitglieder belaufen sich auf 978 fl., die Anlehen (fremdes Kapital) betragen 2248 fl., die Baareinlagen 107 fl., der Reservefond 113 fl., der Baarbestand 285 fl. und das Betriebskapital im Ganzen 3731 fl. Die Anzahl der Mitglieder betrug zu Anfang des Jahres 135, am Ende desselben 145. Sind diese Zahlen auch noch ziemlich bescheiden, so beweisen sie doch die Lebensfähigkeit des Vereins, der immer mehr erstarke wird, wenn einmal die Vorurtheile gegen denselben unter der Bevölkerung vollständig verschwunden sind. Dies zu erreichen, bemühen sich namentlich die Mitglieder des Ausschusses in sehr dankenswerther Weise.

Kleinlaufenburg, 30. Jan. (B. L. Ztg.) Gestern wurde der der Gemeinde Kleinlaufenburg gehörige Fischfang im Laufen versteigert und zwar zu dem jährlichen Pachtzins von 1760 fl. — Vorgesessen Abend brannte das Haus eines armen Fabrikarbeiters, Vater von 7 Kindern, in dem nahen Orte Binngen gänzlich ab. Leider wurde eines seiner Kinder, ein Knabe von 4 Jahren, Opfer des Brandes. Das Kind scheint sich aus Furcht versteinert zu haben und seine Abwesenheit wurde erst bemerkt, als Hilfe zu spät war.

Konstanz, 31. Jan. (Konst. Z.) Das Eisvergnügen hat sich dieses Jahr von der Raupenegg gänzlich an die neue Seefraße gezogen. In den letzten Tagen bemerkte man dort viele Schlittschuhläufer, Herren und Damen, und gestern als am Sonntag, war dort allgemeines Volksfest. Auch der alte Festungsgraben bei der Kaserne ist überschwemmt und zugefroren und wurde zum Schlittschuhlaufen benutzt. Wer weiter hinaus strebte und Geld dazu hatte fuhr gestern nach Allensbach, um sich auf dem zugefrorenen Untersee zu ergötzen.

Reichenau, 30. Jan. (Konst. Ztg.) Die Gemeinde feierte heute ein seltenes Fest, die goldene Hochzeit des Joh. Bapt. Böhler'schen Ehepaars. Der Bräutigam ist 81 Jahre, die Braut 71 Jahre alt, Beide noch gesund und thätig und umgeben von sechs Kindern und 23 Enkeln. Nach dem feierlichen Gottesdienst wurde auf dem Rathhause durch den Amtsvorstand Oberamtmann Lang dem Jubelpaar ein Festgeschenk A. K. H. des Großherzogs und der Großherzogin überreicht, bestehend in den Porträts der Allerhöchsten Herrschaften in reicher Goldrahme und einem Geldgeschenk von zehn Dukaten. Bei dem Akt und dem darauf folgenden Festessen theilte sich der ganze Gemeinderath und Ausschuss und wurde der feierlichen Stimmung in verschiedenen Trinksprüchen Ausdruck gegeben.

Karlsruhe, 1. Febr. (Strafkammer.) Wir haben mehrere Fälle zu erwähnen. Als am 25. Nov. v. J., Nachts gegen 12 Uhr ein Polizeidiener in der Bierbrauerei Eder dahier wiederholt Feiernabend bot, wurde er von anwesenden Polytechnikern verhöhnt, namentlich als er schließlich auf seine dienstliche Eigenschaft hinwies und im Namen des Gesetzes zur Ruhe aufforderte. Auf der Straße setzte sich der Unzufriedene, der Polizeidiener forderte den Polytechnikern ihre Karten ab, um sie zur Anzeige zu bringen; nun trat der Polytechniker Emil Weber von Reigoldswil, Kanton Baselland, mit den Worten hinzu: „Ich will Ihnen im Namen des Gesetzes meine Karte geben“ und schlug dem Polizeidiener die Faust ins Gesicht. Wegen dieser erschweren Widerseßlichkeit wurde gegen Weber eine auf der Festung zu erhebbende Kreisgefängnisstrafe von vier Monaten erkannt. — Der Tagelöhner Wilhelm Debatin von Reudorf hatte im Philippsburger Gemeinewald mehrere Traglasten Forstholz gestreut, wurde aber schon am andern Tag mit einer Hausfuchung des Forstpersonal's überrascht, welche das Holz in der Scheuer versteckt auffand. Als die Waldhüter das Holz forschaffen wollten, ergriff Debatin eine Holzart und drohte mit Todtschlag; dieses Benehmen hatte allerdings den gewünschten Erfolg, daß die Waldhüter, um ein Unglück zu verhüten, sich entfernten, allein auch die weitere Folge, daß Debatin heute wegen Widerseßlichkeit zu drei Monaten Kreisgefängnisstrafe verurtheilt wurde. — Der Landwirth Jakob Adam von Büllesbach ging am 14. November v. J. am Kirchweihsonntag mit seiner gesammten Familie in's Wirthshaus; er hatte sein Haus wohl verschlossen, jedoch vergessen, die Kellertüre gehörig zu verwahren. Der frühere Lammwirth Johann Baptist Däumlich schlich sich durch den Keller in das Haus ein und stahl aus einem Kleiderkasten etwa 176 Gulden baares Geld. Der Besohlene, ein bejahrter Mann, erkrankte vor Schrecken, der Dieb flüchtete nach Straßburg, wo er jedoch durch die Thätigkeit des Brigadiers Grebel verhaftet und an das großh. Amtsgericht Ettlingen geliefert wurde. Däumlich besitzt ein überschuldetes liegendes Vermögen; er gesteht die That mit allen Einzelheiten reumüthig zu und wird zu einem Jahr Arbeitshaus verurtheilt. — Der Holzmacher Karl Stüber von Mühlburg, schon oft wegen Holzdiebstahl bestraft, hat abermals 6 Scheiter gestohlen, und wird wegen dritten Rückfalls in den dritten Diebstahl mit einem Jahr Arbeitshaus bestraft.

Venedig, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Venetianer 30-Lire-Loose wurden folgende Serien gezogen: Serie 374, 2343, 8682, 9087. Der Hauptgewinn von 25,000 Lire fiel auf Serie 374 Nr. 15.

Frankfurt, 1. Febr., Nachm. Oeffentl. Kreditaktien 250/100, Staatsbahn-Aktien 362 2/3, Silberrente 57 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikaner 92.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

31. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 11,4''	- 7,9	0,96	N.O.	klar	hell, kalt
Morg. 2 „	27° 10,8''	+ 0,8	0,69	S.W.	„	„ gelind
Nachm. 9 „	27° 11,1''	- 3,2	0,92	N.O.	„	„ kalt

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 3. Febr. 1. Quartal. 20. Abonnementsvorstellung. Lohengrin, große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

